

Wirtschaftspolitik in pandemischen Zeiten – ein interkontinentaler Vergleich

Abstract: When the Corona Pandemic forced global economies into a shutdown, America and Europe embarked on diverging paths in terms of finding the appropriate economic policy response. Whereas the former aims at passing massive economic stimulus packages, accepting substantially higher levels of public debts, the latter seems to be committed to balanced budgets and returns to the economic maxims already shaping Europe's societies since the Maastricht Treaty of 1992. Putting the COVID-19 crisis into a larger historical framework, this essay comparatively analyses the economic policy responses on both continents, considering structural as well as paradigmatic factors shaping the respective political environment.

Die Geschichte zweier Pandemien – USA und Europa

Am 20. Januar 2021 wurde Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt. Er übernahm die Regierung in einem Land, das von den Ereignissen der letzten Monate und Jahre gezeichnet war. Trumps Präsidentschaftsjahre hatten die USA polarisiert. Hinzu kam eine weithin als katastrophal empfundene Corona-politik, die, gepaart mit einer schnelllebigen Wirtschaft in der es so gut wie keine soziale Absicherung durch Arbeitslosen- oder allgemeine Krankenversicherung gibt, drastische Konsequenzen zur Folge hatte. Innerhalb nur weniger Wochen verzeichnete das Land mehrere Millionen neue Arbeitslose. Die Todesraten zu Beginn der Pandemie waren in Amerika deutlich höher als beispielsweise in Europa (Choitner, 2021). Als Biden an die Macht kam, war die Stimmung in der Wählerschaft so aufgeladen und gespalten wie selten zuvor. 80% der Trumpwähler*innen waren überzeugt, dass die Wahl gestohlen worden sei. 70% aller Amerikaner*innen dachten, Mitglieder*innen der anderen Partei seien „a threat to the United States and its people“ (The Economist, 2021). Das Stimmungsbild im Land kam nirgends so deutlich zum Ausdruck wie in dem Sturm auf das Kapitol am 06. Januar 2021.

Umso beeindruckender ist die Zwischenbilanz, die man nach den ersten 100 Tagen von Bidens Präsidentschaft ziehen konnte. War die Erwartungshaltung an „sleepy“ Joe anfangs noch recht gering, profilierte er sich schnell als ein alles andere als zahm agierender Politiker. Neben einer erfolgreichen Impfstoffdistribution (Abb. 1) deuten auch seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Zuge der Corona-politik, wie das \$1.9 Billionen schwere *Covid Relief Bill*, auf einen Paradigmenwechsel hin, der unter Barack Obama, der 2008 ebenso während einer (Wirtschafts)krise an die Macht kam, noch unvorstellbar gewesen wäre. Das Rettungspaket war nur der Anfang einer Reihe von beachtlichen fiskalpolitischen Vorschlägen, die die Regierung anstrebt und die weit über eine simple Coronabewältigungspolitik hinaus gehen. Ein noch größeres Infrastrukturpaket in der Höhe von über \$2 Billionen Dollar ist in Aussicht gestellt und die Tilgung der enormen „Student debt“ wird geprüft. Gewerkschaften sollen gestärkt und Immigrationsverfahren reformiert werden (Smith, 2021). Der *American Families Plan* umfasst weitere \$1.8 Billionen Dollar an Investitionen in und Steuererleichterungen für amerikanische Familien und Kinder (The White House, 2021). Die Konjunkturpakete sollen nicht nur die heimische Wirtschaft anheizen, sondern ebenso die globale Nachfrage ankurbeln.

Europas Covid-19 Geschichte verläuft bis dato gewissermaßen gegensätzlich zu jener in den Vereinigten Staaten. Ähnlich wie die USA befand sich auch die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) keineswegs in einer politisch oder wirtschaftlich stabilen Lage, als das Virus im März 2020 das gesellschaftliche Leben – und mit diesem die Wirtschaft – lahmlegte. Der Brexit schwebte ungelöst über der europäischen Gemeinschaft und für erstarkende rechtspopulistische

Parteien in Deutschland oder Frankreich war die britische Abkehr von der EU ein gefundenes mediales Fressen. In einigen Ländern der WWU herrschten (und herrschen) enorme wirtschaftliche Probleme – Jugendarbeitslosigkeit, um nur einen Indikator zu nennen, lag in Spanien im Jahr 2019 bei 30.3% und stieg im Dezember 2020 auf über 40% (Suhr, 2021). Der soziale Druck auf die Bevölkerung ist enorm. Italien, die zweitälteste Gesellschaft Europas (worldpopulationreview, 2021) und das erste Land auf dem Kontinent, in dem sich der SARS-CoV-2 Erreger ausbreitete, kämpft seit Jahren mit einer stagnierenden Wirtschaft (macrorends, 2021) und hat zugleich einen der zehn größten Staatsanleihemärkte weltweit (cbonds, 2021). Europa befindet sich, alles in allem, in den Jahren seit der Eurokrise in einem mehr oder minder mal latenten, mal handfesten Krisenmodus (Biebricher, 2018, S. 192).

Trotzdem sind die Wohlfahrtsstaaten der EU und ihre automatischen Stabilisatoren (z.B. Arbeitslosengeld) strukturell deutlich besser auf die Schadensbegrenzung im Zuge einer Pandemie ausgelegt. Grundsicherungen verhinderten in weiten Teilen die dramatischen sozialen Verhältnisse wie sie in Amerika im März 2020 vorherrschten. Anstatt hunderttausender Arbeitsloser, hielt das bereits in Deutschland bekannte Kurzarbeitersystem europaweit Einzug. Das Gesundheitssystem ist in vielen Staaten der EU robuster angelegt als in Amerika. Hinzu kommt, dass die Politik nicht vor dem Virus kapitulierte, wie es in Amerika unter Trump de facto geschah. Spätestens mit den Fragen rund um die Impfstoffverteilung wurde Europas Covid-19 Erfolgsstory jedoch ein jähes Ende gesetzt. Das Scheitern der EU bei dem Management einer effizienten Impfstoffdistribution ist insofern ironisch, als dass die EU als ein Vakzinexporteur auftritt, und einige Länder, inklusive Großbritannien, stark von den Importen abhängig sind. Statt die Produktion anzukurbeln und sich auf diesen Vorteil zu konzentrieren, verlor der Staatenbund wertvolle Zeit bei der Vergabe von Lizenzen und Streitigkeiten über den Preis – auf diese Finanzierungsproblematik der EU wird noch zurückzukommen sein. Zusätzlich wurde mit AstraZeneca auf einen Pharmakonzern gesetzt, der bedeutende Produktions- und Lieferschwierigkeiten entwickeln sollte. Immerhin blieb sich die EU in ihrem demokratischen Anspruch treu und schaffte es, eine verhältnismäßig gerechte und nicht auf rein ökonomischer Macht beruhende Vakzin-Verteilung innerhalb ihres Verbundes zu implementieren (Choitner, 2021).

Die ökonomischen Antwort Europas auf die Krise zeichnet ein ähnlich ambivalentes Bild. Der Wiederaufbaufond *NextGenerationEU* zeigt, dass auch die EU eine Menge Geld zur Hand nehmen kann, wenn der politische Wille aufgebracht wird. Trotz dieses Schrittes bleibt der Fond in der Höhe von €750 Milliarden weit hinter jenen in Amerika zurück und die Vorhersagen prognostizieren eine deutlich langsamere und schwächere wirtschaftliche Erholung in Europa (Abb. 1) – wie schon nach der Finanzkrise 2008. Während der „Spring economic forecast 2021“ der Europäischen Kommission verkündet, dass mit 2022 alle Mitgliedsstaaten der EU die Wirtschaftswachstumsraten auf Vorkrisenniveau erreichen werden (European Commission, 2021a), wird die USA nach derzeitigen Schätzungen dieses Ziel nicht nur schneller erreichen, sondern das prä-Corona Wachstum sogar nochmal übertreffen (Amaro, 2021). Unabhängig der strukturellen Unterschiede lässt sich konstatieren, dass Amerika, wie schon nach der Krise 2008, auch im Nachhall auf den neuesten Schock die besseren Antworten auf die wirtschaftlichen Fragen zu kennen scheint.

In dem Versuch aus der ökonomischen Perspektive die Covid-19 Pandemie, ihre Auswirkungen und die Bekämpfungsstrategien in Europa und Amerika in einen komparativen sowie größeren historischen Kontext zu setzen, geht dieser essay der Frage nach, inwiefern, und zum Teil auch warum, die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf den Corona-Schock in Amerika und Europa so unterschiedlich auszufallen scheinen?

Eine wirtschaftshistorische Betrachtung des Coronaschocks

Der beachtliche Umfang der fiskalpolitischen Maßnahmen in Amerika stellt eine Zäsur in der jüngeren Wirtschaftspolitik dar. Während das technokratische Verständnis in den vorhergehenden Jahrzehnten davon geprägt war, Konjunkturpakete klein zu halten und die Staaten insbesondere in Europa im Zuge der Austeritätspolitik das Sparen (weniger Ausgaben – höhere Steuern) als bevorzugtes Mittel für den Weg aus der Krise sahen, stellen Bidens Pläne diese Wirtschaftslogik in Frage (Tooze, 2021). Die Radikalität dieser Vorschläge und den Umfang der Stimuli interpretiert ein Beobachter als das Ende der Neoliberalen-Ära und den Beginn eines „New Supercycle running on MMT“ (Perkins, 2021, S. 1).

Was ist mit „supercycle“ gemeint und welche Rolle spielt die Corona Pandemie bei dem angeblichen Ende der letzten Iteration? Eine einfache (und reduktionistische) Darstellung dieser Zyklen bieten Lonergan und Blyth (2020) in ihrem Buch „Angrynomics“. Sie argumentieren, dass es bis jetzt drei Versionen des Kapitalismus gab, die sich jeweils durch ein institutionelles Geflecht, die „Hardware“, auf der einen Seite, und eine der „Hardware“ zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Denkweise, der „Software“, auf der anderen Seite auszeichneten. Jede Version ging an einem dem System inhärenten Fehler zugrunde. Version 1.0 war die Gold-Standard Ära von 1870 bis 1930. Es dominierte das Laissez-faire Denken, wirtschaftspolitische Spielräume waren eingeschränkt, Arbeiter*innen waren den Kräften der Märkte praktisch schutzlos ausgesetzt. Das System scheiterte an den sich bildenden Widerständen der Arbeiterschaft und an den strukturellen Problemen, die durch die Große Depression offengelegt wurden. Version 2.0 wurde auf der Bretton-Woods Konferenz 1944 beschlossen und stellt einen Gegenentwurf zu der Goldstandard Ära dar. Im Zuge der keynesianischen Wirtschaftspolitik trat der Staat als aktiver Akteur auf, der im Falle einer Rezession in die Wirtschaft investieren und diese ankurbeln sollte. Um die Defekte des Goldstandards zu verhindern, richtete sich das Augenmerk dieses Mal auf die Arbeiterschaft. Vollbeschäftigung wurde als wichtigstes Ziel der Politik definiert. Dennoch traten nach 30 „glorreichen“ Jahren auch in der Version 2.0 eklatante Probleme zutage. Die Macht der Arbeiter*innen nahm immer weiter zu. Die Löhne stiegen so stark an, dass Investitionen unrentabel wurden. Zugleich befeuerte die Lohnsteigerung die Inflation und auf das sich entfaltende wirtschaftliche Klima der 70er Jahre – eine Kombination aus Inflation und Stagnation – kannte der Keynesianismus keine Antwort. Version 3.0, der Neoliberalismus, wurde als eine Antwort auf die „Stagflation“ geboren. Paul Volcker, der Präsident des FED, hob den Leitzins des Dollars auf über 16% und jagte die Inflation aus dem System. Die wirtschaftlichen Konsequenzen – steigende Schuldentilgungskosten, bankrotte Firmen, fallende Nachfrage und weitverbreitete Arbeitslosigkeit – wurden dem neuen Ziel, Preisstabilität, d.h. gemäßigte Inflation, untergeordnet.

Um diese zu gewährleisten, musste das institutionelle Setting transformiert werden. Die vormals dominierenden Gewerkschaften wurden zerschlagen, flexiblen Wechselkurse freigegeben, Finanzmärkte geöffnet und globale Produktionsketten aufgebaut. Zugleich begann der Aufstieg der „unabhängigen“ Zentralbanken. Eine von der Politik losgelöste und technokratisch geführte Zentralbank, so die Annahme, könne die Inflation am besten kontrollieren. Der Aufstieg des Neoliberalismus wurde jedoch von jenen Phänomenen begleitet, die bis heute die Diskurse um sozioökonomische Fragen dominieren. Zwar trug die Finanzialisierung der Märkte zu einer gesteigerten Rendite des Kapitals bei, jedoch untergrub sie die Stabilität des globalen Finanzsystems, was sich nicht zuletzt durch eine Reihe von Wirtschafts- und Finanzkrisen an unterschiedlichen Orten der Welt in den letzten Jahrzehnten bemerkbar machte. Während Kapital immer profitabler wurde, begannen die Reallöhne bereits mit dem Ende der 1970er Jahre zu stagnieren. Die extreme Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung ist spätestens seit Thomas Pikettys Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ zu einer der drängendsten sozialen Fragen im 21. Jahrhundert geworden (Lonergan & Blyth, 2020, S. 56–86).

Die Finanzkrise von 2008 – ausgelöst unter anderem durch die deregulierten und verschuldeten Banken – gefolgt von der Eurokrise ab 2010 brachten die kataklystisch Defekte des neoliberalen Wirtschaftssystems zutage. Einige einflussreiche Kommentatoren, beispielsweise Jürgen Habermas oder Joseph Stiglitz, sahen in der Krise das Ende des neoliberalen Systems gekommen und hofften auf ein Abrücken von diesem wirtschaftspolitischen Kurs (Biebricher, 2018, S. 185). Die Staaten aber wichen einer Neuorientierung aus und reagierten im Falle Amerikas mit Instrumenten der Zentralbank – zum Beispiel *Quantitative Easing* oder *Central bank liquidity swap lines* – oder versteiften sich vor allem in Europa weitestgehend auf Austeritätspolitik. Unter den Annahmen, dass sich die durch die Bankenrettung hoch verschuldeten Staaten keine weiteren Staatsausgaben leisten konnten und es so etwas wie *expansionary fiscal contraction* („expansive Fiskalkontraktion“) gäbe, wurden die Steuern erhöht und eine restriktive Fiskalpolitik eingeführt. Die Konsequenz dieser wirtschaftspolitischen Vorgehensweise waren jedoch kein erstarktes Wachstum, sondern wurden die Kosten der Bankenkrise erst auf die Staaten und dann auf die Bevölkerung – vor allem dem ärmeren Teil dieser – abgewälzt, deren Unmut und Unzufriedenheit den rechts- und linkspopulistischen Parteien zum Aufstieg verhalf. Die instabile politische Lage im Europa des letzten Jahrzehnts ist zweifelsohne auch auf diese Sparpolitik zurückzuführen. Ganz im Sinne Thatchers fehlte nach dem crash eine zukunftssträchtige Alternative zu dem bekannten Mantra (Blyth, 2012, S. 51–103).

Nur einige Jahre nach der letzten Wirtschaftskrise fand sich die Welt ab März 2020 nun erneut mit tiefgreifenden ökonomischen Problemen konfrontiert. Während jedoch die Finanzkrise von 2008 und die Eurokrise ab 2010 ihren Ursprung endogen in den inhärenten Elementen des Systems hatten (z.B. Deregulierung der Finanzmärkte), stellt die Covid-19 Pandemie einen Schock von außen dar. Weder elitäre Banker*innen, noch angeblich korrupte Staaten können für die Krise verantwortlich gemacht werden. Die Einschnitte in die Leben der Menschen waren ungemein härter – bis vor der Coronakrise wären „Lockdown“-maßnahmen, wie sie in Europa und Amerika über ein Jahr lang zum Alltag gehörten, unvorstellbar gewesen. Anders als im Nachhall der Krise von 2008 hat sich in Amerika jedoch ein Paradigmenwechsel angekündigt, der zwar zumindest vorerst noch nicht mit den neoliberalen Institutionen bricht, allerdings die grundlegende Denkweise dieses ökonomischen Denkens auf den Kopf zu stellen vermag. Sollten Bidens Wirtschaftspläne von Erfolg gekrönt sein, könnte sich der Coronaschock als das Ende genau jenes „Supercycles“ herausstellen, dessen endogenen Defekte bereits 2008 offensichtlich wurden. Einer der Gründe, warum dies nun möglich ist, ist der Aufstieg einer neuen „Software“, der Modern Monetary Theory (MMT), die, unabhängig davon, ob man dieser Wirtschaftslogik bis in ihre letzten Strukturen zu folgen gewillt ist oder nicht, zu einem Umdenken in einigen zentralen wirtschaftlichen Grundannahmen geführt hat (Perkins, 2021).

Eine der bekanntesten Vertreter*innen der MMT ist die Ökonomin Stephanie Kelton. Die einflussreiche Beraterin von Joe Biden hat mit ihrem Buch „The Deficit Myth“ eine einfach zugängliche Erklärung vorgelegt, warum ein wirtschaftlich potenter Staat, der als souveräner Währungsemitter auftritt – wie beispielsweise die USA – laut der MMT-Sichtweise niemals Pleite gehen kann (Kelton, 2020). Anders als private Haushalte, „leben“ Staaten ewig und tragen etwaige Schulden weiter. Unter gewissen Rahmenbedingungen ist die einzig relevante Restriktion für fiskalpolitische Maßnahmen die Inflation. Vollbeschäftigung ist wieder erstrebenswert. Während es im neoliberalen Denken so etwas wie eine „natürliche“ Arbeitslosenquote gibt (Blyth, 2012, S. 153–155) und Annahmen wie die „richtige“ Staatsschuldenquote diskutiert werden¹, geht es bei der MMT nicht um ökonomische Indizes an sich, sondern um wirtschaftliche Ergebnisse (z.B. Vollbeschäftigung oder nachhaltige Wirtschaft), denen sich auch das Budget eines Staates radikal unterzuordnen hat (Kelton, 2020, S. 108). Es soll an dieser Stelle nicht entschieden werden, ob Bidens Politik wirklich die MMT im klassischen Sinne

¹ Beispielsweise in dem viel rezipierten Papier von Reinhart und Rogoff (2010), in dem die Behauptung aufgestellt wird, eine Staatsverschuldung über 90% stelle eine beträchtliche Konjunkturbremse dar.

zugrunde liegt. Die Debatten rund um die Frage, ab wann eine Politik „MMT ist“ oder nicht, ist für die Zwecke dieses essays weniger entscheidend, als hervorzuheben, dass die Biden Administration bei ihrer Fiskalpolitik das Wirtschaft- und Finanzsystem aus einer MMT Perspektive betrachtet. Für die Finanzierung der massiven Konjunkturpakete scheut sich die Regierung nicht, hohe Schulden aufzunehmen. Die zuvor viel diskutierten Staatsschulden und die damit verbundenen Ängste, welche dramatischen Auswirkungen eine zu hohe Staatsschuldenquote haben könnte, scheinen mit einem Mal keine Rolle mehr zu spielen. Die gesellschaftlichen Ziele der Politik stehen im Vordergrund, die Finanzierungsfrage wird hintenangestellt.

Europas ausgetretenen Pfade

In Europa gibt es bis dato wenig Anzeichen für einen ähnlichen Weg. Es können mehrere Gründe identifiziert werden, warum Bidens MMT geleitete Wirtschaftspolitik in der EU auf keinen fruchtbaren Boden fällt. Zuerst muss festgestellt werden, dass europäische Staaten, wie bereits erwähnt, strukturell anders aufgebaut sind als ihre amerikanischen Pendanten. Ein einfaches Beispiel hierfür sind die automatischen Stabilisatoren, beispielsweise Arbeitslosengeld, die im Falle einer Krise aktiviert werden und die ein Rettungspaket wie Bidens *Covid relief Bill* überflüssig machen (Choitner, 2021). Darüber hinaus ist es fraglich, ob die Mitglieder der Eurozone, die ihre Souveränität auf die Emission einer eigenen Währung aufgegeben haben, überhaupt eine solche Politik verfolgen können. Das bereits erwähnte *NextGenerationEU* Aufbaupaket zeigt jedoch, dass auch die EU erste Schritte hinsichtlich einer offensiveren Fiskalpolitik unternimmt und politisch dazu gewillt ist, Schulden aufzunehmen. Trotzdem bleiben die Erwartungen hinter jenen in den USA zurück. Woran liegt das?

Eine mögliche Erklärung könnte in der „Software“ liegen, die das vorherrschende wirtschaftspolitische Denken und Handeln in Europa konstituiert. Die europäische Fiskalpolitik ist nach wie vor von Vereinbarungen geprägt, die sich an neoliberalen Paradigmen orientieren und ihre Ursprünge zum Teil in so alten Verträgen wie jenen von Maastricht von 1992 haben. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt² oder der Europäische Fiskalpakt³ sind beides nennenswerte Beispiele für Übereinkünfte, die den Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen der jeweiligen Staaten massiv einschränken. Es lohnt sich, an dieser Stelle kurz auf einen technischen Aspekt einzugehen. Denn beide Pakte berufen sich unter anderem auf das von der Europäischen Kommission verwendete „potential output model“ (PO), das (vereinfacht ausgedrückt), dazu dient, festzustellen, ob in einem Land ein strukturelles Defizit erwirtschaftet wurde. Ist dies der Fall, so ist der betroffene Staat verpflichtet, innerhalb strengerer fiskalischer Regeln zu agieren. Das PO, das dem neoklassischen Denken der frühen 2000er entstammt, kommt jedoch mit einigen Grundannahmen einher, die das Ergebnis des Modells entscheidend beeinflussen – beispielsweise wird nur die Angebotsseite der Wirtschaft modelliert und gleichermaßen eine nichtbeobachtbare Arbeitslosenquote postuliert, bei der, der Theorie von Milton Friedmann nach, die Inflation stabil bleibt. Auf die Frage der Inflation generell wird noch zurückzukommen sein, vorerst lassen sich jedoch die Beweggründe und Implikationen hinter der Verwendung des PO herausstellen. So ist der empfundene Vorteil hinter der Modellschätzungen seine vermeintliche Objektivität, die dadurch bekräftigt wird, dass die Kommission versucht, die Ergebnisse nicht interpretatorisch, sondern „wörtlich“ zu nehmen. Damit wird der Eingriff in die Autonomie der Staaten technisch legitimiert. Die im PO implizit enthaltenen paradigmatischen Annahmen resultieren allerdings in nicht zu unterschätzenden Limitationen. Beispielsweise werden Faktoren der Nachfrageseite der Wirtschaft

² Im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist festgelegt, dass die Verschuldungsobergrenze eines Staates im Verhältnis zum BIP bei maximal 60% liegt und das Haushaltsdefizit, ebenfalls in Relation zum BIP, jährlich nicht 3% übersteigen darf.

³ Der Fiskalpakt wurde im Zuge der Eurokrise vereinbart und besagt, dass das jährliche Defizit der teilnehmenden Staaten jährlich nicht 0.5% des BIP übersteigen darf. Im Falle zu hoher Schulden, beispielsweise eine Gesamtschuldenquote von über 60%, müssen Maßnahmen zum Abbau der Schulden ergreifen und etwaige Pläne auch der Kommission vorlegen.

systematisch unterdrückt, und das Model entfaltet somit eine pro-zyklische Ausrichtung (Sparen, wenn die Wirtschaft in die Rezession gerät). Dies ist einer der Gründe, warum die Reaktion auf die Eurokrise Austerität war (Heimberger et al., 2020).

Die Prägung europäischer Wirtschaftspolitik nach den sogenannten Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht manifestiert sich neben ihrer Institutionalisierung durch den Fiskalpakt oder den Stabilitäts- und Wachstumspakt auch in den paradigmatischen Denkmustern hinsichtlich wirtschaftlicher Prinzipien. Auf der supranationalen Ebene äußerten die „Frugalen Vier“, zu denen neben den Niederlanden, Dänemark und Schweden auch Österreich zählt, vehement Kritik an einer expansiveren Fiskalpolitik.⁴ Wichtiger als diese vermutlich vernachlässigbaren politischen Spiele auf der EU-Ebene sind jedoch die nationalstaatlichen Handlungen, da dort letztlich das Geld ausgegeben werden muss. Olaf Scholz, der Finanzminister von Deutschland, legte kürzlich die Haushaltspläne der nächsten Jahre vor. Aus diesen wird ersichtlich, dass zwar bis 2025 weitere Schulden in dem Land aufgenommen werden sollen, die Verschuldung soll sich jedoch bereits ab 2023 wieder im Rahmen der von der Schuldenbremse vorgegebenen Limits bewegen (Süddeutsche, 2021). Damit steht Deutschland keineswegs alleine dar – ab 2022 planen viele europäische Staaten eine Rückkehr zu deutlich ausgeglicheneren Haushalten (European Commission, 2021a, S.1).

Die Rolle Deutschlands für die fiskalpolitische Ausrichtung der europäischen Staatengemeinschaft ist dabei nicht zu unterschätzen. Bereits die Formierung der WWU hatte das deutsche Leitbild der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Grundlage, die vor allem durch eine strenge Haushaltsdisziplin garantiert werden soll. Deutschland ist für die Apotheose und strengen Verteidigung der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse bekannt – eine konstitutionelle Verankerung von letzterer ist mit dem bereits erwähnten Fiskalpakt auch für viele weitere Länder der EU vorgesehen (Biebricher, 2018, S. 202). Fiskalpolitische Disziplin wurde erst kürzlich von dem deutschen Ex-Finanzminister Schäuble (2021) in der Financial Times gefordert, woraufhin eine Reihe von über 130 Wissenschaftler*innen Schäuble in einem offenen Brief nicht nur für die „Fetischierung“ einer gescheiterten Maxime kritisierten, sondern zusätzlich die EU zu einer fiskalischen Expansion rieten (van Lerven et al., 2021).

Ein weiteres Phänomen, das oft als typisch deutsch bezeichnet wird, jedoch auch in den USA die Diskurse rund um die expansive Wirtschaftspolitik dominiert, ist die Inflationsangst. Ob Amerikas Konjunkturpakete eine generelle Erhöhung des Preisniveaus nach sich ziehen werden oder nicht, ist noch nicht ersichtlich – es ist auf jeden Fall ein berechtigter Zweifel. Problematisch bei den Debatten um die Inflation ist jedoch, dass es keine konzise Theorie oder Erklärung gibt, die das Phänomen adäquat erfassen würde. Die Prognosen der europäischen Zentralbank bezüglich der Inflation beispielsweise waren in den letzten Jahren notorisch zu optimistisch und das 2% Ziel wurde nie erreicht (Abb. 2). Bei einer ihrer ersten Pressekonferenzen antwortete die EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf die Anmerkung einer Reporterin, dass es Diskrepanzen zwischen der empfundenen und gemessenen Inflation gäbe, mit dem Satz: „How we measure inflation, is clearly something that we need to look at.“ (European Central Bank, 2020, 48:56) Diese Aussage ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Sicherung von Preisstabilität das bis dato einzige offizielle Mandat der EZB ist. Sicher ist jedoch, dass die jeweiligen Konditionen, die beispielsweise die Hyperinflation der 1920er und die hohe Inflation in den 1970er hervorriefen, in Version 3.0 des Kapitalismus so nicht mehr existieren. Neben der bereits genannten eklatanten Ungleichheit in der Vermögens- und Einkommensverteilung wären als weitere Faktoren die enorme Privatverschuldung, die alternden Bevölkerungen, sowie die weltweite Nachfrage nach sicheren Anlagemöglichkeiten zu nennen. Letzteres wird auch anhand des *NextGenerationEU* ersichtlich, dessen erste Anleihe immerhin sieben

⁴ Der österreichische Finanzminister berichtet an einen offenen Brief an seine Amtskollegen von seinen Sorgen bezüglich der „Schuldenpolitik“ Europas (Der Standard, 2021)

Mal überzeichnet war (European Commission, 2021b) All diese Aspekte haben teils inflationäre, aber vor allem deflationäre Momente, die teilweise messbar sind, teilweise, wie im Falle der alternden Bevölkerung, auch nicht (Odendahl&Tooze, 2021).

“A Plastic hour in history”?

Der Intellektuelle Gershom Scholem fand in einem Interview für außergewöhnliche historische Momente die Bezeichnung „plastic hour of history“ (Biale, 1980). In diesen Stunden liegen die gesellschaftlichen Verhältnisse so offen dar, dass Entscheidungen getroffen werden können, die langfristige und weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben können. Wahrscheinlich kann man eine solche Periode meist erst in der Retrospektive identifizieren, allerdings erscheint es evident, dass der Corona-Schock auch aus einer ökonomischen Perspektive Räume geöffnet hat, die davor fest verschlossen waren. Bidens Moment in dieser plastischen Stunde manifestiert sich durch seinen Willen, fiskalpolitisch neue Wege einzuschlagen. Auch in Europa werden die Stimmen lauter, die ein Umdenken der Schuldenpolitik in der Eurozone fordern. Der bereits zitierte Wirtschaftshistoriker Adam Tooze und der Chefökonom des *Centre for Euroean Reform*, Christian Odendahl, weisen darauf hin, dass europäische Staaten deutlich höhere Schulden tragen können und müssen, um öffentliche Investitionen zu steigern und den Sparernden im Falle einer Krise wie der Corona-Pandemie eine sichere Anlage zum Investieren zu bieten. Sie fordern zu einem neuen Konsens auf, der diese Vorteile von Staatsschulden anerkennt und warnen davor, dass die Fokussierung auf ausgeglichenen Staatshaushalten ebenso teuer sein kann, wie das Akzeptieren einer höheren Schuldenquote (Odendahl&Tooze, 2021). Zweifelsohne befindet sich auch Europa in einer plastischen Stunde. Das *NextGenerationEU* Aufbaupaket wäre vor der Covid-19 Pandemie schwer vorstellbar gewesen und trotzdem scheitern die Staaten der WWU an der adäquaten Umsetzung neuer wirtschaftspolitischer Akzente. Strukturelle Limitationen und die Persistenz bestehender paradigmatischer Denkweisen tragen dafür Sorge, dass sich die europäische Staatengemeinschaft trotz der Corona-Zäsur wirtschaftspolitisch nach wie vor in Bahnen bewegen zu scheint, die bereits seit Jahren von vielen Seiten als überholt kritisiert werden. Während in den USA nun vermehrt ökonomische, soziale und ökologische Ergebnisse in den Vordergrund gestellt werden, dominieren im europäischen Diskurs ökonomische Indizes, wie Staatsschuldenquoten und Haushaltsdefizite, die Bewertung und Einschätzung der Wirtschaftspolitik und konstituieren so die Räume, die als politisch und ökonomisch viabel gelten. Dass das fiskalpolitische Verständnis in weiten Kreisen der EU nicht nur zunehmend anachronistisch anmutet, sondern ebenso großen Schaden anrichten kann, bestätigte sich bereits im Sommer 2020, als die Europäische Kommission – wieder im Gegensatz zu den USA – nicht die nötige Finanzkraft aufbringen konnte, um genügend Vakzine für die Staatengemeinschaft zu beordern. Während die USA bis zu \$18 Milliarden in die Impfstoff -Forschung, -Infrastruktur und -Produktion steckte, belief sich die anfängliche Summe aus Brüssel gerade mal auf €2.7 Milliarden. Der Trugschluss: “It was not (yet) understood that successful vaccine development, however expensive to support, would cost far less than the coming macroeconomic costs from prolonged lockdowns.” (Kirkegaard, 2021, S. 27–30)

Über die langfristigen Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Strategien kann nur der Blick aus der Zukunft auf die Vergangenheit sich anmaßen, ein Urteil zu fällen. Kurzfristig lassen sich bereits einige Tendenzen feststellen, die auf die Erfolge der fiskalischen Maßnahmen in Amerika gegenüber jenen in Europa hindeuten. Die Frage, warum in der WWU trotz einer Jahrhundertpandemie und trotz extremer – und vormals unvorstellbarer – Einschnitte, wie monatelange „Lockdowns“, geschlossene Geschäfte und Grenzen, Absagen aller größerer Kultur- und Entertainment Veranstaltungen, wirtschaftspolitisch jene Strategie verfolgt wird, die sich bereits bei der Bekämpfung des letzten Schocks als unzureichend herausgestellt hat, sollte nicht leichtfertig ignoriert werden. Die Resonanz, die soziale, den Erdball umspannende Bewegungen wie *Fridays for Future* hervorgerufen haben, zeigt, dass ein Großteil der jungen Menschen nicht davon ausgeht, dass dies die letzte oder gar schwerste Krise in ihrem Leben

sein wird – und die Wissenschaft gibt ihnen Recht. Das Fehlen eines Umdenkens, eines Reagierens im Angesicht der sich entfaltenden Katastrophe ist zu einem der Hauptkritikpunkte der Bewegung geworden. Drängende strukturelle Herausforderungen, wie die durch die Corona-Pandemie noch verschärfte soziale Ungleichheit und allen voran die Klimakrise werfen so auch in Europa die Frage nach einem Perspektivenwechsel bei der Priorisierung ökonomischer Ziele auf.

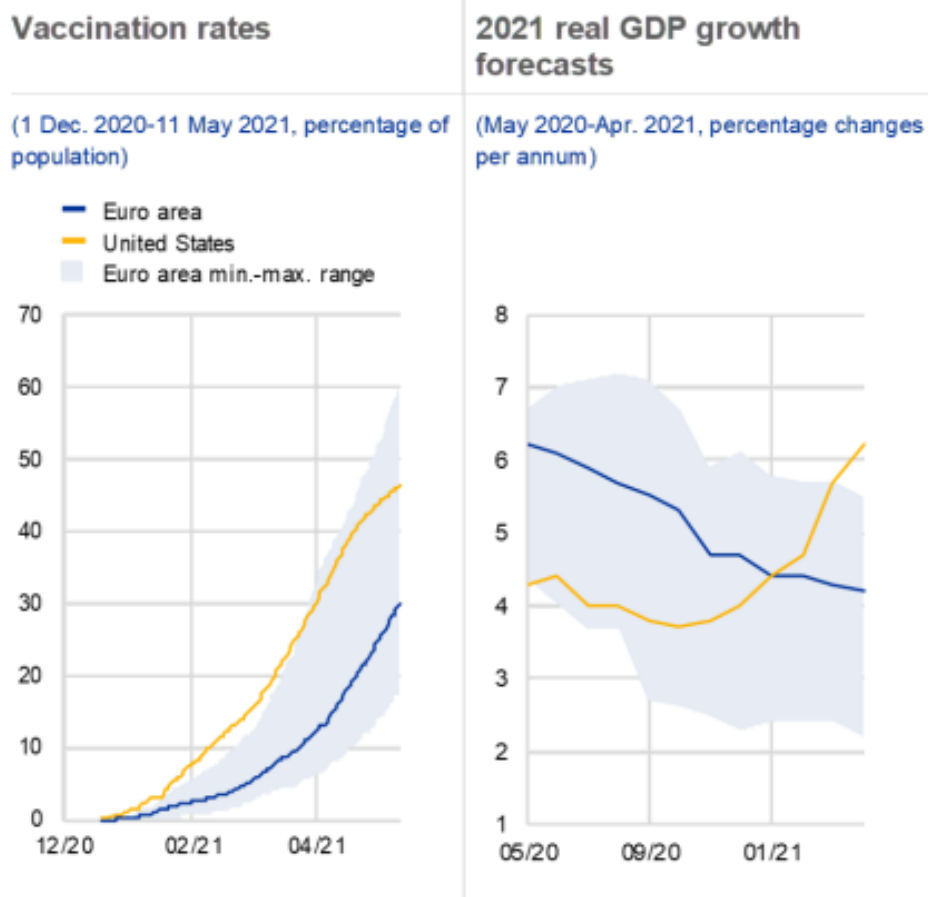
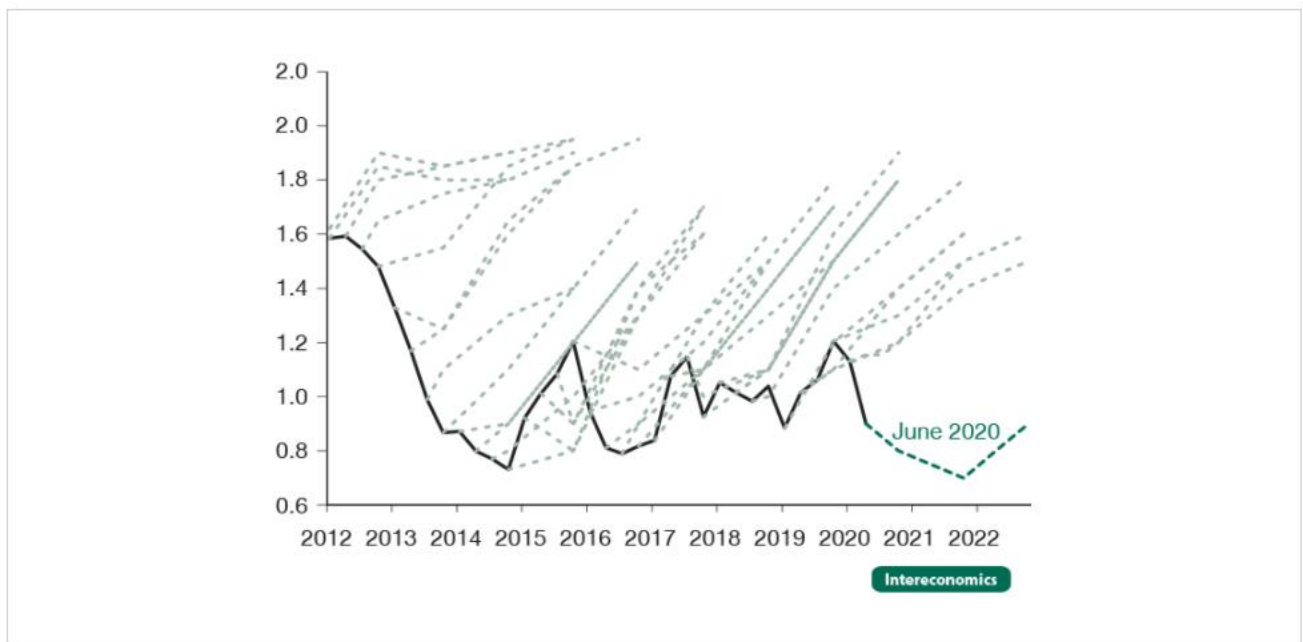


Abbildung 1: Impfraten und Prognosen für das reale BIP-Wachstum 2021. Eurozone und USA im Vergleich (European Central Bank, 2021)



Note: ECB forecast for core inflation, March 2012 to June 2020.

Abbildung 2: EZB-Inflationsprognosen. Jahresrate in % (Brooks & Fortun, 2020)

Bücher & Papiere

- Biebricher, T. (2018). *Neoliberalismus zur Einführung* (3. Aufl.). *Zur Einführung*. Junius.
- Blyth, M. (2012). *Austerity: The History of a Dangerous Idea*. Oxford University Press (OUP).
- Heimberger, P., Huber, J. & Kapeller, J. (2020). The power of economic models: the case of the EU's fiscal regulation framework. *Socio-Economic Review*, 18(2), 337–366.
<https://doi.org/10.1093/ser/mwz052>
- Kelton, S. (2020). *The deficit myth: Modern monetary theory and how to build a better economy*. John Murray.
- Lonergan, E. & Blyth, M. (2020). *Angrynomics*. Agenda Publishing Limited.
- Reinhart, C. M. & Rogoff, K. S. (2010). Growth in a Time of Debt. *The American Economic Review*, 100(2), 573–578. <http://www.jstor.org/stable/27805061>

Internetquellen

- Amaro, S. (9. April 2021). 4 charts show how the U.S. is on track for a faster economic recovery than Europe. *CNBC*. <https://www.cnn.com/2021/04/09/covid-recovery-charts-show-the-us-doing-better-than-the-europe.html>
- Biale, D. (14. August 1980). The Threat of Messianism: An Interview with Gershom Scholem. *The New York Review*. <https://www.nybooks.com/articles/1980/08/14/the-threat-of-messianism-an-interview-with-gershom/>
- Cbonds (2021). Market volume of domestic and international bonds. <https://cbonds.com/countries/>
- Choitner, I. (15. April 2021). How the Pandemic Changed Europe. *The New Yorker*. <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/how-the-pandemic-changed-europe>.
- Der Standard (14. Juni 2021). Blümel setzt sich in Eurogruppe für Rückkehr zu Schuldenabbau ein. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000127376349/bluemel-setzt-sich-in-der-eurogruppe-fuer-rueckkehr-zu-schuldenabbau>
- European Central Bank. (23. Januar 2020). *ECB Governing Council Press Conference - 23 January 2020* [video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=plslnWRL2NI>
- European Central Bank. (2021). Financial Stability Review, May 2021. <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/fsr/ecb.fsr202105~757f727fe4.en.pdf>
- European Commission (2021a). European Economic Forecast Spring 2021 (Institutional Paper 149). https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip149_en.pdf
- European Commission (15. Juni 2021b). NextGenerationEU: Europäische Kommission bringt im Rahmen der ersten Transaktion zur Unterstützung der Erholung Europas 20 Mrd. EUR auf [Press release]. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2982
- Kirkegaard, F. J. (2021). The European Union's troubled COVID-19 vaccine rollout. [Konferenzbeitrag] *Economic Policy for a Pandemic Age*. <https://www.piie.com/sites/default/files/documents/piieb21-2.pdf>
- Macrotrends (2021). Italy GDP Growth Rate 1961-2021. <https://www.macrotrends.net/countries/ITA/italy/gdp-growth-rate>
- Odendahl, C. & Tooze, A. (18. Mai 2021). Learning to live with debt. *Centre for European Reform*. <https://www.cer.org.uk/publications/archive/policy-brief/2021/learning-live-debt>

- Paul, M. (2. Oktober 2020). Housing crisis will become a monster unless the State kills it now. *The Irish Times*. <https://www.irishtimes.com/business/housing-crisis-will-become-a-monster-unless-the-state-kills-it-now-1.4369551>.
- Perkins, D. (2021). A new supercycle running on MMT. *TS Lombard*.
<https://www.macrobusiness.com.au/wp-content/uploads/2021/04/2021-04-15-A-New-Supercycle-Running-On-Mmt.pdf>
- Schäuble, W. (2. Juni 2021). Europe's social peace requires a return to fiscal discipline. *Financial Times*. <https://www.ft.com/content/640d084b-7b13-4555-ba00-734f6daed078>
- Smith, N. (4. April 2021). Bidenomics, explained. *Noahopinion*.
<https://noahopinion.substack.com/p/bidenomics-explained>.
- Suhr, F. (2. April 2021). Jugendarbeitslosigkeit steigt in allen EU-Ländern. *Statista*.
<https://de.statista.com/infografik/24096/jugendarbeitslosenquote-in-eu-laendern-im-dezember-2020/>
- Süddeutsche Zeitung (22. März 2020). Scholz plant neue Schulden in 2021 und 2022. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/haushalt-scholz-plant-neue-schulden-in-2021-und-2022-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210322-99-924795>
- The White House (28. April 2021). Fact Sheet: The American Families Plan. *The White House*.
<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/04/28/fact-sheet-the-american-families-plan/>
- The Economist. (23. Januar 2021). Good Luck Joe. *The Economist*.
<https://www.economist.com/briefing/2021/01/23/after-the-chaos-of-the-trump-era-what-can-joe-biden-hope-to-achieve>
- Tooze, A. (5. März 2021). Biden's Stimulus Is the Dawn of a New Economic Era. *Foreign Policy*.
<https://foreignpolicy.com/2021/03/05/bidens-stimulus-is-the-dawn-of-a-new-economic-era/>
- Van Lerven, F., et al. (15. Juni 2021). Letter: It's time Europe stopped fetishising fiscal discipline. *Financial Times*. <https://www.ft.com/content/a92a20e2-7efb-497c-bc13-0e002d4aca2e>
- World Population Review (2021). Median age 2021. <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/median-age>